

Land unter in der Pflege

Pflege. Im Jahr 2035 braucht Deutschland zwischen 130.000 und 150.000 mehr Altenpfleger als heute. Denn bis dahin wird die Zahl der Pflegebedürftigen – je nach Gesundheitszustand der Bevölkerung – um bis zu ein Drittel auf gut vier Millionen steigen. Der iwd hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gefragt, was er in Sachen Pflegenotstand unternehmen will.

—> [Seiten 2-5](#)



Zehn Jahre Lehman-Pleite

Wirtschaftlich hat Deutschland die Finanzkrise gut überstanden. Das Vertrauen der Bürger in die Marktwirtschaft hat jedoch gelitten.

—> [Seiten 6-7](#)

Digitale Plattformen

Große Betreiber von Internetplattformen können aufgrund ihrer Datenschätze leicht den Markt dominieren. Die Politik muss Machtmissbrauch verhindern.

—> [Seiten 8-9](#)

Pfleger, bitte kommen!

Fachkräfte. In der Pflege ist der Personalmangel besonders eklatant. Und er wird sich aufgrund des demografischen Wandels weiter verschärfen. Bis 2035 werden in Deutschland laut IW-Berechnungen mindestens weitere 130.000 Altenpfleger gebraucht.

Dass die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, ist nichts Neues. Dass damit auch mehr Pfleger gebraucht werden, ist ebenfalls nur logisch. Und dass es bereits seit vielen Jahren einen eklatanten Mangel an Pflegepersonal gibt, ist auch hinlänglich bekannt. Neu ist, dass das Institut der deutschen Wirtschaft nun Zahlen vorlegt, wie sich der Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege – ausgehend vom Jahr 2015 – entwickeln wird (Grafik Seite 3):

Selbst für den Fall, dass sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert, sind 2035 rund 130.000 zusätzliche Altenpfleger nötig.

Wenn sich die Pflegebedürftigkeit der Menschen in Deutschland nicht verändert, erhöht sich der Fachkräftebedarf in der Pflege bis 2035 sogar um 150.000 Personen.

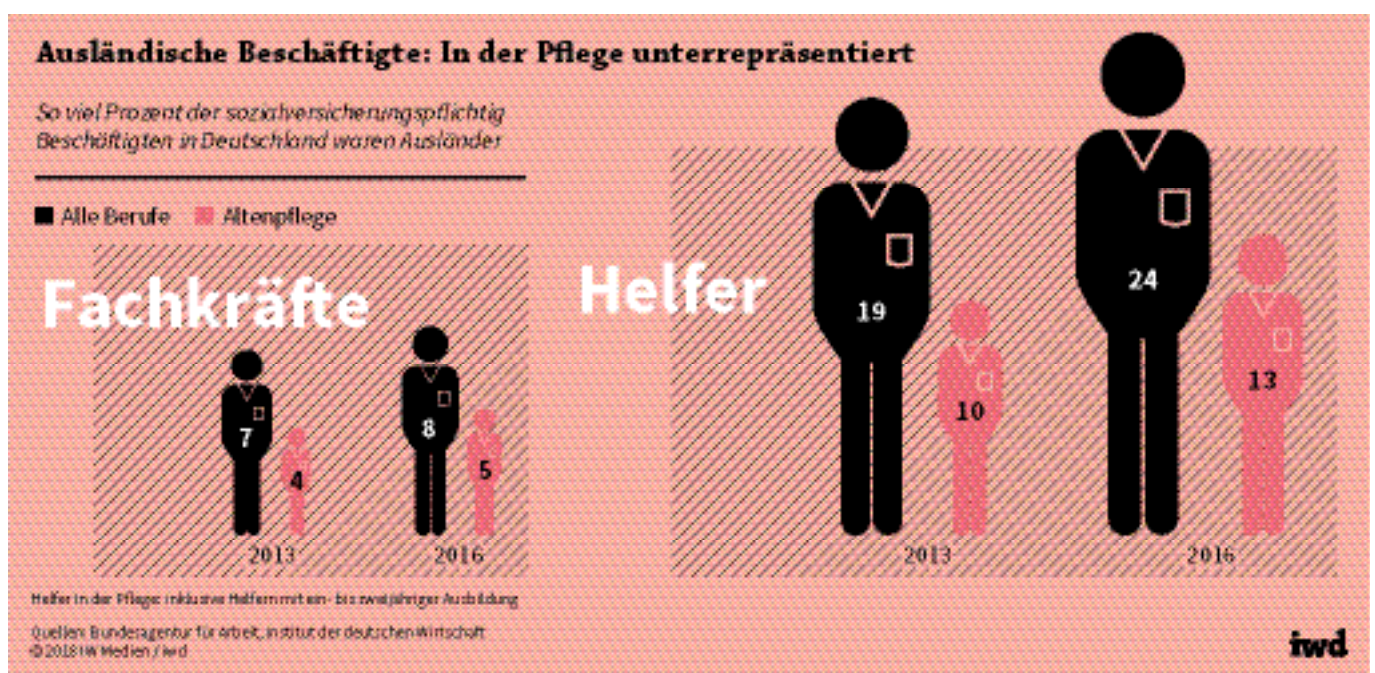
So viel Personal zu finden, wird nicht einfach sein, denn schon heute bestehen in Pflegeberufen große und flächendeckende Engpässe. Im Jahr 2014 kamen in der Bundesrepublik auf je 100 gemeldete offene Stellen in der Altenpflege 42 arbeitslose Pflegekräfte, 2017 waren es nur noch 22. Bei den Altenpflegehelfern ist die Lage

zwar etwas entspannter, doch auch in diesem Berufszweig hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verschärft: Im Jahr 2014 kamen auf 100 gemeldete Stellen 900 arbeitslose Altenpflegehelfer, 2017 waren es noch rund 380. Da nur etwa jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, ist der tatsächliche Personalbedarf in beiden Berufen außerdem deutlich größer, als es diese Relationen offenbaren.

Dabei gibt es durchaus auch gute Nachrichten aus der Altenpflege. So wächst die Zahl der Beschäftigten und der Auszubildenden in den beiden Berufen Altenpfleger und Altenpflegehelfer:

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Fachkräfte in der Altenpflege ist im Zeitraum von 2013 bis 2016 um 14,5 Prozent auf rund 240.000 gestiegen, die der Helfer um fast 16 Prozent auf annähernd 230.000.

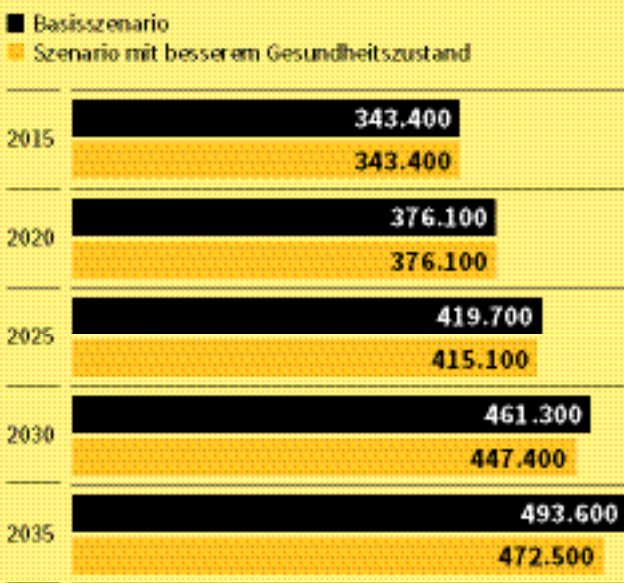
Auch der Nachwuchs interessiert sich zunehmend für diese Branche. Rund 68.000 junge Leute machten im Berufsschuljahr 2016/17 die dreijährige Ausbildung zum



Pflege: Der Bedarf wächst

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland steigt – und damit wächst auch der Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege. Im Basisszenario wird die Entwicklung des Fachkräftebedarfs gezeigt, falls sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht entscheidend ändert. Das Szenario mit besserem Gesundheitszustand zeigt die Entwicklung des Fachkräftebedarfs unter der Annahme, dass die Hochbetagten in Zukunft im Durchschnitt erst später pflegebedürftig werden als die heutige Generation.

So viele Fachkräfte werden in Deutschland in der Altenpflege benötigt



Fachkräfte in der Altenpflege: staatlich anerkannte Altenpfleger, Gesundheits- und Krankenpfleger, Gesundheits- und Krankenpflegerin, Gesundheits- und Krankenpflegerin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut für deutsche Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Altenpfleger, mehr als 8.000 entschieden sich für die Ausbildung zum Altenpflegehelfer. Zwar lassen sich die Absolventenzahlen nicht einfach aufaddieren, weil viele Altenpflegehelfer nach ihrem Abschluss eine Ausbildung zum Altenpfleger anschließen, doch ein Blick auf die Zahlen der vergangenen zehn Jahre zeigt eine große Dynamik in den Pflegeberufen: So ist die Zahl der Ausbildungsanfänger in der Altenpflege um zwei Drittel gestiegen, in der Altenpflegehilfe betrug das Plus immerhin ein Drittel.

Doch das reicht nicht, um den künftigen Fachkräftebedarf der Branche zu decken. Wie also lässt sich das Problem der vielen Tausend fehlenden Altenpfleger lösen? Eine einfache Antwort gibt es nicht, es bedarf einer umfassenden Strategie (siehe Interview Seite 4):

- **Höhere Löhne** in der Altenpflege sind eine Grundvoraussetzung, um die Attraktivität des Berufs zu steigern. Ein Altenpfleger, der 2016 Vollzeit arbeitete, verdiente im Median monatlich 2.621 Euro brutto – das waren 16 Pro-

zent weniger, als alle Beschäftigten im Median verdienen, und sogar 19 Prozent weniger als das Medianeinkommen der Gesundheits- und Krankenpfleger. Dieses Lohngefälle hat sich seit Jahren kaum verändert.

- Auch eine **Weiterqualifizierung** von mehr Pflegehelfern zu Fachkräften würde den Mangel an Altenpflegern lindern. Damit sich auch zeitlich stark eingespannte Pflegehelfer für eine solche Zusatzqualifikation entscheiden, sollte zum Beispiel verstärkt für die Ausbildung in Teilzeit geworben werden. Auch die Förderung der Umschulung zum Altenpfleger durch die Bundesagentur für Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag und sollte aufrechterhalten werden.

- Die **sinnstiftende Tätigkeit** in Altenpflegeberufen sollte jungen Leuten besser vermittelt werden – beispielsweise durch Kooperationen von Schulen mit Pflegeeinrichtungen oder durch Projektwochen.

- Die **gezielte Rekrutierung von ausländischen Fachkräften** für die Pflege findet zwar schon statt, doch der Anteil ausländischer Beschäftigter ist in der Branche nach wie vor unterdurchschnittlich (Grafik Seite 2):

Von allen Fachkräften in Deutschland sind 8 Prozent Ausländer, in der Altenpflege beträgt der Anteil jedoch nur 5 Prozent.

Da die Altenpflege ein reglementierter Beruf ist, muss zunächst eine Anerkennung der ausländischen Abschlüsse durchgeführt werden. Das ist häufig eine große Hürde. Wichtig wäre es, die Anerkennungsverfahren – vor allem bei Anträgen, die aus dem Ausland gestellt werden – zu erleichtern.

- Mithilfe eines **betrieblichen Gesundheitsmanagements** kann die Resilienz – also die psychische Widerstandsfähigkeit – der Pflegekräfte gestärkt werden, sodass trotz der physischen und psychischen Belastungen weniger Fachkräfte aus ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aussteigen.

- Die **Karrierechancen** in der Pflege sollten besser sichtbar gemacht werden. Wer sich weiterbildet und neue fachliche Kompetenzen erwirbt, kann die Leitung einer Station oder einer Pflegeeinrichtung übernehmen.

- Die **Produktivität** lässt sich auch in der Pflege noch steigern – etwa, indem Tätigkeiten wie die Dokumentation digitalisiert werden. Dies schafft mehr Zeit für die Arbeit mit den Patienten.

Aus IW-Trends 3/2018

Regina Flake, Susanna Kochskämper, Paula Risius, Susanne Seyda: Fachkräftemangel in der Altenpflege
iwkoeln.de/altenpfleger

„Wir wollen ein dickes Paket schnüren“

Interview. Das Thema Pflege ist seit Jahren eine der Großbaustellen der deutschen Politik. Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU) erläutert im Gespräch mit dem iwd, wie er die Engpässe im Pflegesektor beseitigen will.

Herr Spahn, warum hat ein so reiches Land wie Deutschland einen Pflegenotstand?

Wir brauchen mehr Pflegekräfte, das ist richtig. Aber richtig ist auch, dass sich in der Pflege in den vergangenen Jahren vieles sehr gut weiterentwickelt hat: Demenzkranke haben endlich Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung, die Leistungen sind massiv ausgebaut worden und kommen heute Hunderttausenden mehr zugute als vor der Pflegereform. Die Pflegeversicherung hat 2017 Leistungen im Umfang von 38 Milliarden Euro für Pflegebedürftige, Angehörige und auch Pflegekräfte finanziert – so viel wie noch nie. Dadurch ist die Zahl der Pflegebedürftigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, stark gesunken. Aber richtig ist eben auch: Die Pflegeversicherung und der Staat können unterstützen, aber sie ersetzen nicht die Familie und deren Beistand.

Das von Ihnen initiierte „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ sieht 13.000 neue Stellen in der stationären Altenpflege vor. Laut Bundesregierung fehlen aber jetzt schon mindestens 36.000 Alten- und Krankenpfleger in Deutschland. Wo soll das Personal herkommen?

Wir haben mittlerweile eine hohe Teilzeitquote in der Pflege. Viele haben ihre Arbeitszeit reduziert und nehmen weniger Gehalt in Kauf, weil sie die Arbeitsbelastung nicht mehr aushalten. Andere haben dem Beruf den Rücken gekehrt. Wenn die Aussicht besteht, wieder mit mehr Kolleginnen und Kollegen in einer Schicht zu arbeiten, werden Teilzeitkräfte ihre Stundenzahl aufstocken, andere werden in den Beruf zurückkehren. Und auch Pflegekräfte, die für Zeitarbeitsfirmen arbeiten, wechseln hoffentlich ins Krankenhaus oder in eine Pflegeeinrichtung. Und wir setzen auf den Nachwuchs.



Foto: BMG

Wir haben mit der neuen Pflegeberufeausbildung ab 2020 eine attraktive Ausbildung, ohne Schulgeld, mit Vergütung.

Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet damit, dass bis zum Jahr 2035 zwischen 130.000 und 150.000 zusätzliche Fachkräfte in der Altenpflege benötigt werden. Um die zu finden, braucht es wohl mehr Anreize als ein bisschen mehr Gehalt, ein besseres Image und Gesundheitsprogramme, die die Pflegekräfte fit halten sollen, oder nicht?

Ich arbeite dafür, dass sich der Arbeitsalltag unserer Pflegekräfte spürbar verbessert. Deshalb haben wir – das Gesundheits-, das Arbeits- und das Familienministerium – die „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Kassenverbänden, Leistungserbringern, Pflegeberufsverbänden, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern wollen wir ein dickes Paket schnüren. Es geht darum, Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten für Fach- und Helferkräfte zu verbessern und zu einem Flächentarifvertrag zu kommen, neue Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sowie der Auf- und Umstiege im Erwerbsverlauf zu schaffen, den Wiedereinstieg in den Beruf zu fördern und auch Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Diese Arbeitsgruppen sind keine Plauderrunden. Ich erwarte konkrete Vorschläge nach spätestens einem Jahr. Die werden wir uns alle gemeinsam anschauen und dann entscheiden. Ich bin sicher, wir werden ein attraktives Berufsbild für die Pflege schaffen.



Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf iwd.de/pflege. Dort geht es auch um die Rolle der Digitalisierung und der ausländischen Fachkräfte in der Pflege.

Das Problem wird größer

Pflege. Seit 1999 steigt die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland kontinuierlich. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird dieser Trend anhalten und die Fallzahl wird sich auf mehr als vier Millionen erhöhen. Allerdings sind die einzelnen Bundesländer unterschiedlich stark davon betroffen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat untersucht, wie sich die Pflegefallzahlen in Deutschland entwickeln werden. Dazu wurden die Daten der Pflegestatistik 2015 in zwei Szenarien fortgeschrieben: einmal als Basis-szenario unter der Annahme, dass sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung bis 2035 nicht ändert. Und einmal unter der Prämisse, dass die steigende Lebenserwartung mit einer besseren Gesundheit einhergeht – dieses Alternativszenario bedeutet unter anderem, dass sich die Pflegebedürftigkeit in ein höheres Lebensalter verschiebt. Die Ergebnisse (Grafik):

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland wird von 2015 bis 2035 um ein Drittel auf etwas mehr als vier Millionen steigen – im Alternativszenario wären es knapp 3,8 Millionen.

Hinter diesen gesamtdeutschen Zahlen stecken jedoch recht unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern. Drei Beispiele:

Bayern verzeichnet im Basisszenario bis 2035 mit fast 40 Prozent den größten Zuwachs an Pflegebedürftigen. Ein Grund dafür ist, dass der Freistaat 2035 eine halbe Million Einwohner mehr haben wird als heute; zudem wird sich die Zahl der mindestens 80-Jährigen bis dahin um mehr als die Hälfte erhöhen.

Berlin dagegen wird mit nur knapp 14 Prozent den geringsten Zuwachs an Pflegebedürftigen haben, obwohl die Hauptstadt bis 2035 um 510.000 Köpfe wachsen wird. Der größte Einwohnerzuwachs aller Bundesländer schlägt sich jedoch nicht in steigenden Pflegefallzahlen nieder, weil Berlin vor allem junge Leute anzieht – das Plus an Hochbetagten ist mit 18 Prozent bis 2035 niedriger als in allen anderen Bundesländern.

Sachsen hat mit rund 17 Prozent den zweitniedrigsten Anstieg der Pflegezahlen. Die Erklärung: In Sachsen geht eine schrumpfende Bevölkerung mit einem unterdurchschnittlichen Zuwachs an Hochbetagten einher.

Der Anstieg der Pflegepatientenzahlen stellt nicht nur den Bund vor große Herausforderungen: In der Pflicht sind erstens auch die Länder, denn sie gestalten die Rahmenbedingungen für die Anbieter ambulanter und

stationärer Versorgung; zweitens die Träger der Sozialhilfe, da sie über die Vergütung der professionellen Pflege-Anbieter mitentscheiden; und drittens die Kommunen, weil sie die Situation vor Ort am besten einschätzen können und deshalb in der Lage sind, entsprechende Konzepte zu entwickeln.



Unter iwkoeln.de/pflege_bundeslaender finden Sie eine interaktive Grafik mit den Pflegefallzahlen in den Bundesländern

IW-Report 33/2018

Susanna Kochskämper: Die Entwicklung der Pflegefallzahlen in den Bundesländern

iwkoeln.de/pflegefallzahlen

Pflegebedürftige 2035: Ein Drittel mehr

Um so viel Prozent steigt die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland unter der Annahme, dass sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung bis 2035 nicht ändert

■ Pflegebedürftige 2015

■ Erwartete Zunahme bis 2035 in Prozent

Bayern	374.169	39,5
Hessen	234.440	36,8
Brandenburg	118.300	36,2
Schleswig-Holstein	98.299	36,0
Baden-Württemberg	353.835	35,2
Rheinland-Pfalz	141.086	35,0
Mecklenburg-Vorpommern	82.626	34,7
Nordrhein-Westfalen	678.994	33,5
Niedersachsen	334.496	32,8
Thüringen	99.684	32,2
Saarland	40.524	31,4
Hamburg	56.640	30,7
Sachsen-Anhalt	105.232	28,7
Bremen	26.210	24,6
Sachsen	180.656	16,6
Berlin	124.279	13,5
Deutschland insgesamt	3.049.470	32,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

9/15 und seine Folgen

Zehn Jahre Lehman-Pleite. Die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers war für die Weltwirtschaft eine ähnliche Zäsur wie der 11. September 2001 für die Weltpolitik. Obwohl Deutschland die Finanzkrise glimpflich überstanden hat, sind ihre Folgen bis heute spürbar.

Vor zehn Jahren, am 15. September 2008, meldete die US-Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz an. Lehman hinterließ mehr als 600 Milliarden Dollar Schulden – die Pleite gilt als die größte der US-Geschichte. Der Zusammenbruch einer Bank mit weltweit mehr als 28.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von zuletzt 19 Milliarden Dollar markiert eine Zäsur, deren Folgen bis heute spürbar sind.

Vorausgegangen war dem Crash im Jahr 2007 die sogenannte Subprime-Krise: Als die Zinsen stiegen, die Blase auf dem US-Immobilienmarkt platzte und die Häuserpreise fielen, konnten viele einkommensschwache Hausbesitzer ihre Kredite nicht mehr bedienen. Das brachte nicht nur die Banken in Bedrängnis, sondern auch den amerikanischen Versicherungskonzern AIG, der in großem Stil Ausfallversicherungen für die Hypothekendarlehen abgeschlossen hatte.

Am schlimmsten traf es am Ende jedoch Lehman, denn die Investmentbank war einer der zentralen Akteure bei der Umwandlung der Hauskredite in strukturierte Wertpapiere, jene berühmt-berüchtigten „Collateralized Debt Obligations“.

Diese Papiere waren komplizierte Konstrukte: Viele Immobilienkredite wurden in einen Topf geworfen und dann in Wertpapiere verschiedener

Risikoklassen tranchiert, die wiederum in neue strukturierte Wertpapiere verpackt wurden. Doch die Sache hatte mehrere Haken:

1. Die Banken konnten ihre Risiken aus den großteils zu leichtfertig vergebenen Immobilienkrediten ohne jeglichen Selbstbehalt an den Finanzmarkt weiterreichen.

2. Durch die mehrstufige Verpackung der Kredite wusste letztlich niemand mehr, bei wem das Risiko eigentlich angesiedelt war.

3. Die Ratingagenturen hatten die Ausfallwahrscheinlichkeit dieser Papiere unterschätzt und zu oft die Bonitätsnote AAA vergeben.

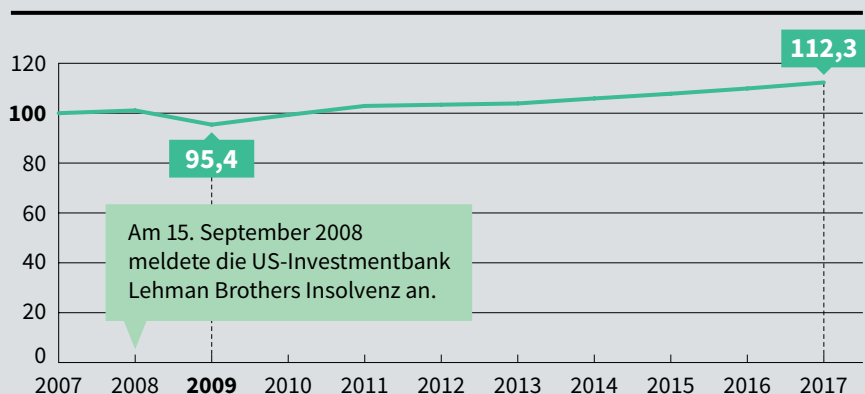
Weil sich auch viele europäische Banken mit diesen toxischen Wertpa-

pieren eingedeckt hatten, schwappten die Zahlungsausfälle der Hypotheken bald über den Atlantik – und lösten in Europa eine Kettenreaktion aus, die schließlich auch die Realwirtschaft traf: Das Vertrauen der Geldhäuser untereinander bekam einen tiefen Riss, sie liehen sich gegenseitig kaum noch Geld und die Liquiditätsprobleme verschärften sich. Auch bei Firmenkrediten zeigten sich die Banken zugeknöpft – die Unternehmen konnten kaum noch investieren, wollten es angesichts der weltwirtschaftlichen Risiken aber auch nicht mehr.

Um zu verhindern, dass den europäischen Kreditinstituten ein ähnliches Schicksal blüht wie Leh-

Wirtschaftsleistung: Die Lehman-Delle

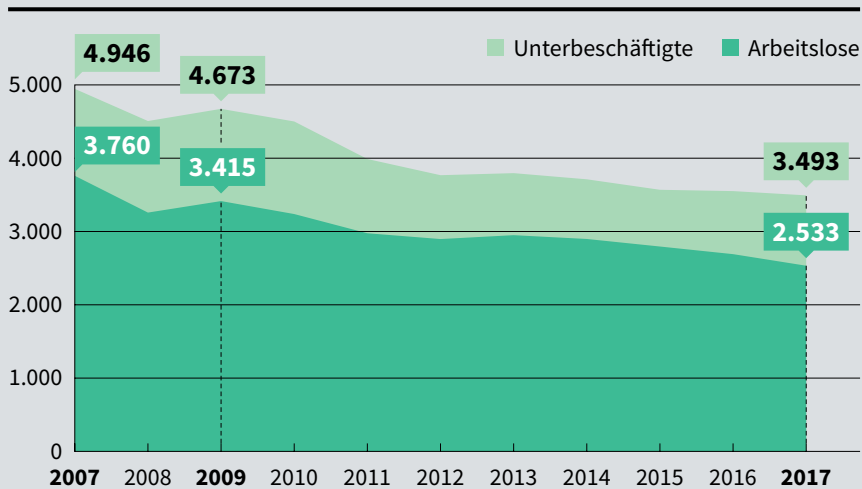
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, 2007 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

Arbeitslosigkeit: Der Lehman-Buckel

in 1.000



Unterbeschäftigte: Arbeitslose einschließlich Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Älteren und Krankgemeldeten, aber ohne geförderte Existenzgründer und Kurzarbeiter; die Werte für 2007 und 2008 sind wegen einer Umstellung der Statistik nur bedingt zu vergleichen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

man, entschieden die europäischen Regierungen schnell, einen anderen Weg zu beschreiten als die US-Regierung, die die Investmentbank bewusst hatte fallen lassen. Die Diagnose „too big to fail“ bekam neues Gewicht: Mit der Systemrelevanz einer Bank rechtfertigten viele Länder milliardenschwere Hilfen auf Kosten der Steuerzahler.

In Deutschland hatte das an das „Sondervermögen Finanzmarktstabilisierungsfonds“ (FMS) übertragene Bankenrettungspaket ein Volumen von 480 Milliarden Euro – davon waren 80 Milliarden Euro staatliches Beteiligungskapital und 400 Milliarden Euro Bürgschaften.

In der Spitze riefen die Banken aus dem Rettungspaket 168 Milliarden Euro an Bürgschaften ab; den größten Absicherungsbedarf hatte die Hypo Real Estate (HRE) mit 124 Milliarden Euro.

Auf den Plätzen zwei und drei folgten die HSH Nordbank mit 24 Milliarden und die IKB mit 10 Milliarden Euro. Es musste jedoch keine dieser Garantien in Anspruch

genommen werden, Ende 2013 wurden sie auf null zurückgefahren und brachten dem Bund – weil gebührenpflichtig – letztlich sogar einen Erlös von gut 2 Milliarden Euro ein.

Etwas anders sieht es mit den tatsächlich geflossenen Rekapitalisierungshilfen aus. Diese hatten 2010 mit 29,3 Milliarden Euro ihren höchsten Jahresendstand erreicht, davon gingen allein 18 Milliarden Euro an die Commerzbank. Die betroffenen Banken haben die staatliche Eigenkapitaleinlage inzwischen aber bis auf 14,6 Milliarden Euro zurückgezahlt.

Nicht in dieser Rechnung enthalten sind die beiden deutschen „Bad Banks“ unter der Verwaltung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung – jene Abwicklungsanstalten, in die die Schrottpapiere der beiden am stärksten betroffenen Finanzinstitute WestLB und HRE ausgelagert wurden.

Auf einem anderen Blatt steht zudem, wie viele Milliarden Euro die Bundesländer in ihren heute teils nicht mehr existenten Landesbanken

versenkt haben. Schätzungen für die HSH Nordbank etwa belaufen sich auf 11 bis 27 Milliarden Euro.

Realwirtschaftlich wurde in Deutschland vor allem die Automobilindustrie vom globalen Einbruch der Nachfrage kalt erwischt. Was folgte, war eine lehrbuchmäßige keynesianische Krise (Grafik Seite 6):

Im Jahr 2009 fiel das reale Bruttoinlandsprodukt um 5,6 Prozent geringer aus als 2008.

Ebenso lehrbuchmäßig wurde die Krise aber auch bewältigt, nämlich mit Konjunkturprogrammen: Die Autoindustrie profitierte von der Abwrackprämie und die Wirtschaft insgesamt vom Kurzarbeitergeld. Dies verhinderte Massenentlassungen und überbrückte das Nachfragetal.

Dass der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt letztlich so glimpflich verlief (Grafik) und Deutschland heute ein Beschäftigungswunder feiert, ist allerdings nicht nur den Konjunkturpaketen zu verdanken. Die Agenda 2010 hatte schon zuvor dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen von 2005 bis 2007 um 1,1 Millionen auf unter 3,8 Millionen zu drücken (siehe iwd 6/2017).

Auch wenn die hiesige Wirtschaft heute trotz Lehman glänzend dasteht und sich selbst die südeuropäischen Krisenländer langsam erholen, sind von der historischen Pleite nicht nur finanzielle Bürden für die Steuerzahler übrig geblieben.

Die Krise hat sowohl in den USA als auch in Deutschland und Europa politische Folgen hinterlassen. Bei vielen Bürgern hat das Vertrauen in die Marktwirtschaft gelitten. Oft wurde kritisiert, dass für Banken Milliarden mobilisiert wurden, aber nicht für die kleinen Leute. Damit hat die globale Finanzkrise auch dazu beigetragen, dass Populismus bei den Wählern immer stärker verfängt und staatliche Eingriffe und Protektionismus wieder hoffähig sind.

Chancen nutzen, Missbrauch verhindern

Digitale Plattformen. Unternehmen, auf deren Internetplattformen die Nutzer miteinander handeln, kommunizieren oder sich sogar verlieben, gewinnen dank ihrer Datensätze leicht eine große Marktmacht. Die Politik muss dieses Geschäftsmodell fördern, aber zugleich gegen Machtmissbrauch vorgehen.

Mal eben die Unterkunft für einen City-Trip bei Airbnb buchen, mit Freunden die Fotos vom Kneipenabend auf Facebook teilen und auf Amazon nach neuen Büchern stöbern: Für viele Menschen gehören digitale Plattformen zum täglichen Leben dazu – selbst die Suche nach der großen Liebe überlässt manch einer gerne Parship und Co.

Doch die digitalen Plattformen verursachen auch Ärger. Gerade erst hat die EU-Kommission Airbnb wegen mangelnder Preistransparenz abgemahnt, zudem steht das Unternehmen in der Kritik, die Umnutzung von Wohnraum zu fördern. Und Facebook sowie Google müssen sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, es mit dem Datenschutz nicht allzu genau zu nehmen.

Der ökonomische Erfolg der Plattformfirmen ist unbestritten: Alphabet – die Konzernmutter von Google –, Amazon und Facebook gehören mit einem jeweiligen Marktwert von etwa 500 Milliarden bis 1 Billion Dollar zu den weltweit größten Unternehmen.

Neben diesen Giganten aus den USA gibt es allerdings auch noch gut 100 sogenannte Unicorns – Unternehmen mit einem Marktwert von mindestens 1 Milliarde Dollar, die zwar (noch) nicht an der Börse notiert sind, aber von Investoren oft als zukunftssträftig eingestuft werden. Sie stammen vornehmlich aus Fernost (Grafik):

Von den nicht börsennotierten Betreibern digitaler Plattformen hat fast die Hälfte ihren Sitz in China.

Europa dagegen ist offenbar kein gutes Pflaster, um eine digitale Plattform zu gründen – von den 110 un-

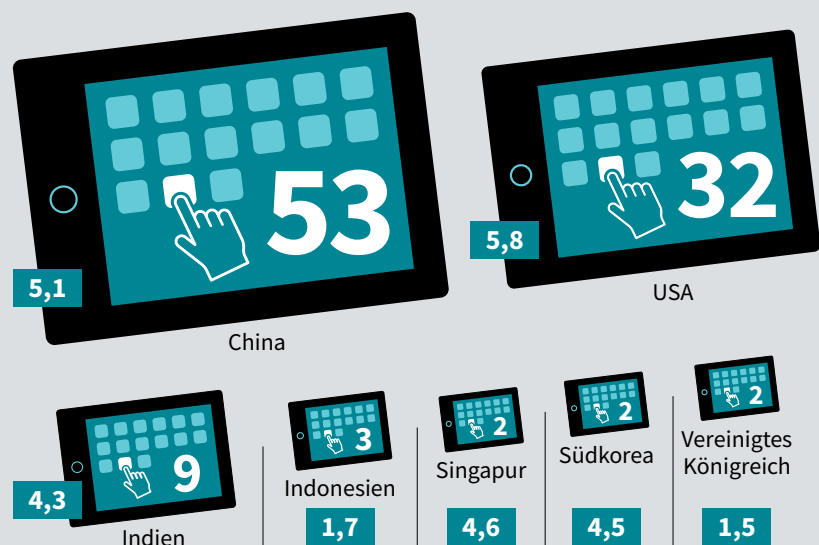
tersuchten Unicorns agieren lediglich fünf aus einem EU-Land heraus, auch wenn viele Plattformfirmen den europäischen Markt bedienen.

Meist konzentrieren sich die digitalen Anbieter auf einen bestimmten Bereich (Grafik Seite 9):

Digitale Plattformen: Asien liegt vorn

So viele der im September 2017 von der Unternehmensdatenbank Crunchbase erfassten 110 Plattformunternehmen, die einen Marktwert von mindestens 1 Milliarde Dollar hatten und nicht an der Börse notiert waren, haben ihren Sitz in diesen Ländern

■ Durchschnittlicher Marktwert in Milliarden Dollar



Plattformunternehmen: Anbieter von Geschäftsmodellen, die wirtschaftlich vorteilhafte Online-Transaktionen zwischen verschiedenen Nutzergruppen ermöglichen
 Rest zu 110: Jeweils ein Plattformunternehmen hat seinen Sitz in Brasilien, Frankreich, Japan, den Niederlanden, Schweden, Taiwan und den Vereinigten Arabischen Emiraten

Quellen: Crunchbase, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2018 IW Medien / iwd

Allein rund ein Viertel der nicht an der Börse gehandelten Plattformunternehmen ist auf dem Gebiet der Anwendungen für Konsumenten aktiv.

Zu dieser Sparte zählen zum Beispiel die Buchungsplattform Airbnb und das soziale Netzwerk Pinterest.

Viele Plattformfirmen sind innerhalb von nur wenigen Jahren rasant gewachsen. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass zum Beispiel bei Suchmaschinen die Qualität der Suchergebnisse umso besser wird, je mehr Menschen den Dienst nutzen, weil sich mithilfe der gesammelten Daten der Suchalgorithmus stetig optimieren lässt. Je mehr Nutzer es gibt, desto attraktiver wird die Suchmaschine außerdem als Werbepattform.

Deshalb erlangt eine digitale Plattform leicht eine marktbeherrschende Stellung – sodass die Firma höhere Preise verlangen kann als in einem umkämpften Markt. Mit den personalisierten Daten lassen sich die Preise sogar individuell an die geschätzte Zahlungsbereitschaft der Kunden anpassen.

Ist der Dienst einer Internetplattform kostenlos, kann ein Machtmissbrauch darin bestehen, dass das Unternehmen für den Verbraucher nachteilige Geschäftsbedingungen festlegt. So mussten die Nutzer von Facebook zustimmen, dass das Unternehmen Daten von anderen Diensten – beispielsweise Websites mit einem „Gefällt mir“-Button – mit eigenen Daten kombinieren und auswerten darf. Dies hat das Bundeskartellamt in einer vorläufigen Einschätzung als unzulässig eingestuft – ein Verfahren läuft.

Eine Gefahr besteht auch darin, dass ein etabliertes Plattformunternehmen Start-ups aufkauft und damit Zugriff auf dessen gesammelte Daten erhält. Dies festigt seine Marktmacht als Platzhirsch, zudem werden

Digitale Plattformen: Verbraucher im Fokus

So viel Prozent der im September 2017 von der Unternehmensdatenbank Crunchbase erfassten 110 Plattformunternehmen, die einen Marktwert von mindestens 1 Milliarde Dollar hatten und nicht an der Börse notiert waren, entfallen auf diese Bereiche

■ Anteil am Marktwert aller Plattformunternehmen in Prozent

Anwendungen für Konsumenten	24,5	34,9
Online-Handel	20,9	10,3
Finanzdienstleistungen	13,6	22,6
Transport	10,9	18,4
Immobilien	5,5	2,0
Bildung	5,5	1,2
Gesundheit	3,6	2,2
Unterhaltung	3,6	2,0
Software	3,6	1,8
Reise	2,7	1,0
Essen und Trinken	1,8	0,8
Lokale Geschäfte	0,9	1,5
Finanztechnologien	0,9	0,7
Unternehmensnahe Dienstleistungen	0,9	0,3
Automobil	0,9	0,3

Plattformunternehmen: Anbieter von Geschäftsmodellen, die wirtschaftlich vorteilhafte Online-Transaktionen zwischen verschiedenen Nutzergruppen ermöglichen
Anwendungen für Konsumenten: zum Beispiel Vermittlung von Unterkünften oder Restaurants

Quellen: Crunchbase, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

so unter Umständen Innovationen unterdrückt.

All dies stellt die Politik vor eine Reihe von Herausforderungen:

- **Wettbewerbshüter stärken.** Die Kartellbehörden müssen so mit materiellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden, dass sie auch angesichts der immer dynamischeren digitalen Märkte und der zunehmend datengetriebenen Geschäftsmodelle effektiv gegen eine Gefährdung des Wettbewerbs vorgehen können.

- **Aufklärung leisten.** Verbraucher bezahlen selbst kostenlose Dienstleistungen im Internet – mit ihren Daten. Dies sollte die jeweilige Plattform klarstellen. Aber auch Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind in der Pflicht, die (jungen) Konsumenten für den

Umgang mit den eigenen Daten zu sensibilisieren.

- **Rechtssicherheit erhöhen.** Im Falle nicht personenbezogener Daten sind die Eigentumsrechte oft nicht eindeutig. Zu klären ist, wozu die Betreiber digitaler Plattformen die Daten verwenden dürfen und unter welchen Umständen sie Wettbewerbern Zugang gewähren müssen.

- **Gründungen fördern.** Ungeachtet aller Probleme fördern innovative Plattformen den Wettbewerb. Daher sollte die Politik Start-ups sowie kleinere Firmen in diesem Sektor von Bürokratie entlasten und die Verfügbarkeit von Risikokapital verbessern.

IW-Analysen Nr. 123

Vera Demery, Christian Rusche: The Economics of Platforms

iwkoeln.de/digital_platforms

Das Fördern kommt zu kurz

Familienpolitik. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation für Familien in Deutschland spürbar verbessert. Auf fast allen Feldern wurden Fortschritte gemacht, etwas verschlechtert haben sich allerdings die schulischen Leistungen der Kinder.

Mehr Nachwuchs, mehr Mütter im Job, mehr Geld im Portemonnaie: Für Familien läuft es in Deutschland gerade ziemlich rund. Reformen wie die Einführung des Betreuungsanspruchs für unter Dreijährige und das Elterngeld scheinen sich positiv auf die Bereitschaft von Paaren auszuwirken, Kinder in die Welt zu setzen. Damit wäre eins von vier Zielen der Familienpolitik schon mal erreicht:

- **Kinderwunsch.** Zwei von drei Kinderlosen zwischen 18 und 30 Jahren wünschen sich mindestens zwei Kinder. Die tatsächliche Geburtenrate liegt zwar weit darunter, doch seit einigen Jahren steigt die Zahl der Neugeborenen wieder (Grafik):

Im Jahr 2016 betrug die Geburtenziffer 1,59 Kinder je Frau – höher war sie zuletzt 1972.

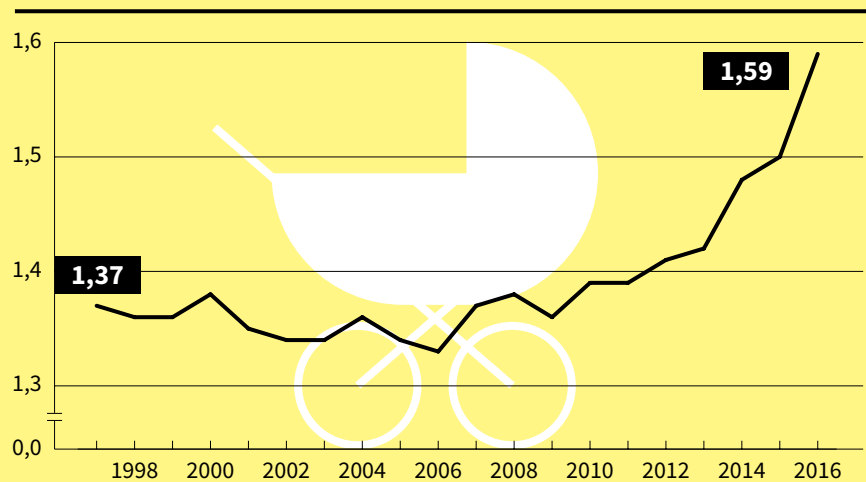
Gestiegen ist auch der Anteil der Mütter, die ein drittes oder viertes Kind geboren haben.

- **Wirtschaftliche Stabilität.** Das mittlere Einkommen von Familien mit zwei Elternteilen und zwei Kindern hat sich von 2007 bis 2016 von 101,6 auf 104,5 Prozent des Durchschnitts aller Haushalte erhöht. Die Armutsgefährdungsquote für diesen Familientyp ist von 7,9 auf 7,8 Prozent gesunken, für alle Haushalte mit Kindern ist sie allerdings gestiegen: von 12,6 auf 13,5 Prozent.

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Ein wichtiger Indikator dafür ist die Teilhabe von Müttern am Arbeitsmarkt:

Geburtenrate: Klare Trendwende

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Seit 2007 ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren von rund 56 Prozent auf mehr als 65 Prozent gestiegen.

Als Folge davon hat sich auch der Unterschied in der Erwerbsquote von Frauen und Männern weiter verringert, er beträgt jetzt nur noch 7 Prozentpunkte. Zwar arbeiten die meisten Frauen mit Kindern in Teilzeit, doch viele Mütter wünschen sich auch gar keine Vollzeitstelle.

- **Kindliches Wohlergehen.** Ob sich Kinder gut entwickeln, lässt sich statistisch schwer erfassen. Für die 15-Jährigen überprüft immerhin der PISA-Test seit 2000 regelmäßig die schulischen Kompetenzen. In der jüngsten Erhebung von 2015 konnten sich die Schüler in Deutschland im

Vergleich zu 2012 im Lesen nicht weiter verbessern, in Mathematik und in den Naturwissenschaften haben sie sich sogar etwas verschlechtert.

Die IGLU-Studie hat zudem 2016 einen leichten Rückgang der Leseleistungen von Grundschulern festgestellt – was wohl vor allem auf die verstärkte Zuwanderung zurückzuführen ist. Die Familienpolitik sollte sich deshalb primär darum bemühen, für Kinder und Jugendliche ein Umfeld zu schaffen, das ihre Entwicklung fördert.

IW-Kurzbericht

Wido Geis-Thöne: Fortschritte bei den familienpolitischen Zielen
iwkoeln.de/familienpolitik

Die Vermessung der Reichen

Einkommen. In der Diskussion um die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen heißt es immer wieder, die Reichen würden zu wenig zur Finanzierung des Staates beitragen – doch wer ist überhaupt reich?

Umgangssprachlich werden sie oft die „oberen Zehntausend“ oder die „High Society“ genannt, Statistiker reden eher nüchtern vom „obersten Einkommensdezil“. Gemeint sind jene 10 Prozent der Bevölkerung, die das höchste monatliche Nettoeinkommen haben.

Wer gehört dazu? Die Antwort auf diese Frage liefern die jüngsten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen Wiederholungsbefragung von mehr als 14.000 Privathaushalten in Deutschland. Das Ergebnis dürfte manchen überraschen (Grafik):

Bereits mit einem monatlichen Nettoeinkommen von rund 3.300 Euro gehörte ein Alleinstehender 2015 zum einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung, ein Paar ohne Kinder war mit gut 5.000 Euro dabei.

Auch wenn 3.300 Euro netto für einen Single ein nettes Einkommen sind, erscheint dieser Wert für die Zugehörigkeit zum obersten Zehntel vielen doch als relativ niedrig. Sie wenden ein, dass Milliardäre an den Haushaltsbefragungen nicht teilnehmen. Das stimmt zwar, doch dadurch verringert sich lediglich das Durchschnittseinkommen der reichsten 10 Prozent, nicht aber die Grenze, ab der man dazugehört. Ein Vergleich mit

den Daten der Steuerstatistik legt jedenfalls nahe, dass das SOEP diese Gruppe recht gut abbildet.

Eine andere Frage ist, warum ein Paar ohne Kinder nur rund 5.000 Euro Nettoeinkommen braucht, um zu den oberen 10 Prozent zu gehören – und nicht 6.600 Euro, also doppelt so viel wie ein Alleinstehender.

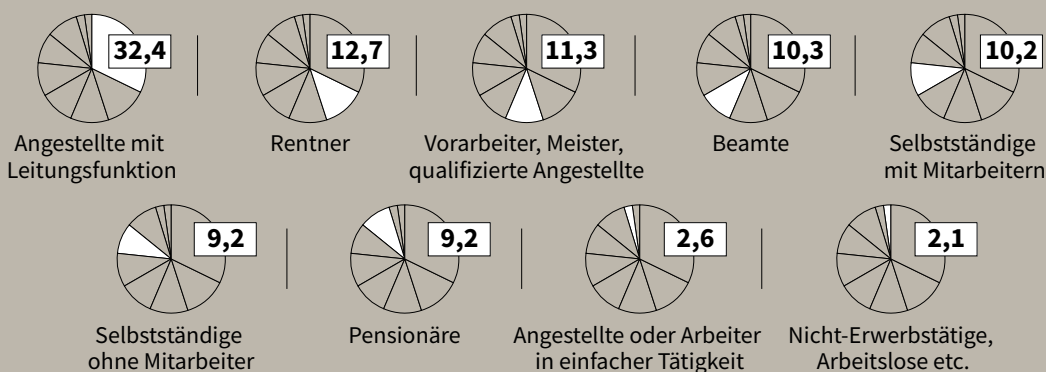
Des Rätsels Lösung heißt Bedarfsgewichtung: Weil ein Paar zum Beispiel mit einem Kühlschrank und einem Fernseher auskommt, sich also vieles teilen kann, braucht es annahmegemäß nur das 1,5-fache Einkommen eines Alleinstehenden, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu genießen.

Das durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen des reichsten Zehntels der Bevölkerung betrug 2015 für einen Alleinstehenden rund 4.800 Euro pro Monat, brutto waren es knapp 6.600 Euro. Der Durchschnitt aller Haushaltseinkommen in diesem Zehntel lag bei 7.300 Euro netto und gut 9.800 Euro brutto.

Wer es im SOEP ins reichste Prozent geschafft hat, also zu den obersten rund 458.000 Haushalten gehört, brachte es als Alleinstehender monatlich auf mindestens rund 6.400 Euro netto.

Die oberen 10 Prozent in Deutschland

So viel Prozent der Haupteinkommensbezieher des reichsten Zehntels der Haushalte im Jahr 2016 waren



Einkommen: bezogen auf 2015; Angestellte mit Leitungsfunktion: einschließlich Angestellte in hochqualifizierter Tätigkeit

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

Wer ist reich?

Zu den oberen 10 Prozent gehörte man im Jahr 2015 mit einem monatlichen Nettoeinkommen von

- ▶ 3.342 Euro als Alleinstehender
- ▶ 5.013 Euro als Paar ohne Kinder
- ▶ 7.018 Euro als Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber
Redaktionsassistentin: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
€ 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

IW INSTITUT
DER DEUTSCHEN
WIRTSCHAFT

Top-Liste: Das Samstagsritual

Dem boomenden Online-Handel zum Trotz halten viele Deutsche an der Tradition des samstäglichem Shoppingausflugs fest. Die Zahl der Wochenend-Flaneure auf Deutschlands großen Einkaufsstraßen sei stabil, sagt das Beratungsunternehmen Jones Lang LaSalle. Die meisten Einkaufsbummler zieht aktuell die Frankfurter Zeil an, auf den Plätzen zwei und drei landen gleich zwei Münchener Meilen. Berlin, das allein von der Einwohnerzahl das Potenzial für einen vorderen Platz im Einkaufsstraßen-Ranking hätte, taucht erstmals auf Platz 16 auf. Der Grund ist simpel: Die vielen attraktiven Shopping-spots wie Tauentzienstraße, Alexanderplatz, Friedrichstraße und Kurfürstendamm sind so weit voneinander entfernt, dass sich auf ihnen an einem normalen Samstag jeweils höchstens die Hälfte der Zeil-Passanten tummelt.

Zahl der Woche



Beliebte Shoppingmeilen

So viele Passanten liefen innerhalb von einer Stunde durch die beliebtesten deutschen Einkaufsstraßen



Die Passantenzählung fand am Samstag, dem 14. April 2018, zwischen 13 und 16 Uhr statt

Quelle: Jones Lang LaSalle
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

ist der Höchstpreis, den Oktoberfestbesucher dieses Jahr für eine Maß Bier bezahlen müssen. Während 2017 noch kein Wiesn-Wirt mehr als 11 Euro verlangte, liegt der Bierpreis dieses Jahr nur in acht der insgesamt 33 Zelte unter dieser Marke. Am günstigsten ist die Maß mit 10,80 Euro heuer im Museumszelt und im Zelt der traditionellen Münchener Gastronomenfamilie Ammer. Dass der Bierpreis auf dem Oktoberfest von Jahr zu Jahr steigt, hat Tradition. Die diesjährige Preis-erhöhung begründen die Festzeltwirte mit der gestiegenen Umsatzpacht der Stadt.

Neu auf iwd.de: Gute Aussichten für den Wirtschaftsbau

In der EU haben sich die Investitionen in Gewerbebauten sowie in die Infrastruktur nur langsam von der Wirtschafts- und Finanzkrise erholt. Der jüngste Konjunkturaufschwung in Europa dürfte aber auch den Wirtschaftsbau wieder stärker beleben. Welche Fakten noch für einen Aufwärtstrend sprechen, lesen Sie auf iwd.de.

